

WIRTSCHAFT

Bundestagswahlkampf

Vermisst: Ein Konzept für Gerechtigkeit 4.0

Der globale Kapitalismus ist defekt. Auch weil die Digitalisierung immer mehr Branchen durcheinanderwirbelt - und damit den ganzen Arbeitsmarkt. Die Bürger erwarten Antworten. Doch die Politik bleibt sie schuldig.



Eine Kolumne von Henrik Müller

Sonntag, 21.05.2017



Automatisierte Auto-Produktion in Japan

Irgendetwas läuft anders im globalen Kapitalismus: Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigung steigt - aber die Löhne stagnieren. Selbst in Ländern, in denen Unternehmen Mühe haben, Mitarbeiter zu finden, bleiben die Einkommenszuwächse bescheiden. Warum eigentlich?

Wenn sich am **Freitag** die Staats- und Regierungschefs der G7 - der sieben wichtigsten westlichen Volkswirtschaften - in Italien treffen, ist die Lohnstagnation ein Thema, das sie fast alle in ihren jeweiligen Ländern beschäftigt:

- In den **USA** geht die Arbeitslosenquote immer weiter zurück, aber die Löhne ziehen nicht wie erwartet an.
- **Großbritanniens** Statistiker verzeichneten jüngst sogar einen leichten Rückgang der durchschnittlichen Reallöhne, trotz guter Konjunktur.
- In **Japan**, wo die Bevölkerung rapide altert und schrumpft, suchen Unternehmen dringend Arbeitnehmer, bieten aber keine Gehaltsaufschläge.
- In **Frankreich** dämpft die Arbeitslosigkeit die Lohnentwicklung.
- In **Italien**, das seit 2008 in einer Dauerstagnation steckt, haben praktisch alle Bevölkerungsschichten Einkommensverluste hinnehmen müssen.

Stagnation schafft Frustration. Jahrzehntlang haben die Demokratien des Westens stetig wachsenden Wohlstand für alle versprochen. Nun greifen Abstiegsängste um sich. Sie bilden den Nährboden für politische Abenteuer: die Wahlsiege [Donald Trumps](#) und der [Brexiters](#) im vorigen Jahr. Das gute Abschneiden systemfeindlicher Kandidaten von rechts und links bei der [ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen](#). Der Zulauf, auf den die linke [Fünf-Sterne-Bewegung](#) und die rechte [Lega Nord](#) bei den anstehenden Wahlen in Italien hoffen können. In einem Umfeld stetiger Zuwächse wäre all das kaum möglich.

Nur Deutschland scheint seltsam immun gegen den Trend. SPD-Kanzlerkandidat [Martin Schulz](#) ist mit dem Thema Gerechtigkeit in den Wahlkampf gestartet. Doch seine Erzählung von einem Land, in dem es immer ungerechter zugeht, verfängt nicht so recht. [Drei verlorene Landtagswahlen](#) und eine [Baisse in den Umfragen](#) legen diesen Schluss nahe.

Ich sehe dafür insbesondere zwei Gründe: Zum einen ist die Lage in Deutschland aktuell keineswegs dramatisch. Zum anderen sitzt das Unbehagen vieler Bürger tiefer; mit der Forderung nach ein paar Reparaturmaßnahmen am Sozialstaat ist es nicht getan.

Trotz Hochkonjunktur steigen Löhne nur verhalten

Zunächst zur Lage: In den vergangenen Jahren sind die Reallöhne, nach einer langen Phase der Stagnation, immerhin wieder gestiegen. Die Verteilung der Einkommen ist stabil, wie der [Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung](#) in einer umfangreichen Datensammlung zeigt. Anders als in anderen westlichen Ländern sind rund um die Industrie viele hochproduktive Jobs entstanden, wo relativ hohe Löhne gezahlt werden. Die Hürden im Bildungssystem sind nicht unüberwindlich, wie die hohen Zahlen von Abiturienten und Studenten zeigen.

Entsprechend haben die Bürger gegenwärtig andere Sorgen. Wenn man sie fragt, was die beiden größten Probleme sind, denen sich die Bundesrepublik gegenübersteht, steht die innere Sicherheit eindeutig im Vordergrund: 28 Prozent fürchten sich vor Terror, 17 Prozent

vor Verbrechen, wie die letzte Eurobarometer-Umfrage vom vorigen Herbst zeigt. 45 Prozent sehen Zuwanderung als Problem, wobei die Werte im Verlauf des Jahres 2016 deutlich zurückgegangen sind. Soziale Sicherheit (elf Prozent) ist der Umfrage zufolge kein drängendes Problem für die Deutschen. Einzig die Rente (22 Prozent) schafft es unter die Top 3 der nationalen Prioritätenliste, worin sich eher diffuse Befürchtungen für die weitere Zukunft widerspiegeln dürften als akute Sorgen der heutigen Rentnergeneration.

Doch auch hierzulande ist der globale Trend zur realen Lohnstagnation sichtbar. Obwohl der Arbeitsmarkt in weiten Teilen leergefegt ist und die Zahl der unbesetzten Stellen immer neue Höchststände erreicht, steigen die Entgelte nur verhalten. Und trotz Hochkonjunktur und Rekordbeschäftigung geht der Anteil der Bürger, die als armutsgefährdet gelten, nicht zurück, sondern ist zuletzt sogar noch leicht angestiegen.

Daraus erwächst noch keine Alarmstimmung wie anderswo. Aber ein Unbehagen an den herrschenden Bedingungen ist sehr wohl spürbar.

Die Gründe für die Lohnstagnation sind vielfältig. Um nur drei häufig diskutierte Argumente zu nennen: Die Finanzkrise hat tiefe Spuren hinterlassen. Die gemessenen Produktivitätszuwächse sind praktisch zum Erliegen gekommen. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ist in vielen westlichen Ländern dezimiert.

Auch die Digitalisierung macht sich längst am Arbeitsmarkt bemerkbar. Eine Branche nach der anderen wird durcheinandergewirbelt. Inzwischen geht es schon lange nicht mehr nur um das produzierende Gewerbe - Stichwort Industrie 4.0. Vielmehr sind immer größere Teile der Wirtschaft betroffen: Zeitungen, Bücher, Auftragshandel an den Börsen, Banking, Versicherungen, Immobilien- und Stellenbörsen, Reisebüros, um nur einige Beispiele zu nennen. Derzeit geht die Beschäftigung im US-Einzelhandel rapide zurück - und das in einer Phase, da der Konsum stark steigt. Das Geschäft aber findet online statt, bei [Amazon](#) und Co. Vergleichsweise sichere Jobs gehen verloren. Was viele amerikanische Einzelhandelsbeschäftigte künftig machen, ist ungewiss.

Digitales Produzieren wird ökonomisch entwertet

Wer ist als Nächstes dran? Die beiden US-Ökonomen Erik Brynjolfsson und Andrew McAfee haben in ihrem Buch "The Second Machine Age" zwei Prinzipien ausgemacht: Die Digitalisierung führt dazu, dass wir ein immer größeres Angebot an Produkten nutzen können, deren Preis sehr niedrig oder sogar null ist. Dieser Reichhaltigkeit aus Konsumentensicht steht jedoch entgegen, dass die Erlöse der Produzenten, also auch vieler Beschäftigter, rapide zurückgehen. Während wenige große Plattformbetreiber mit dem Rohstoff Daten sehr viel Geld verdienen können, wird das eigentliche digitale Produzieren tendenziell ökonomisch entwertet, wenn die Preise der Produkte gegen null tendieren.

Daraus ergeben sich fundamentale Fragen:

- Was bedeutet unter diesen neuen Bedingungen eigentlich Gerechtigkeit?
- Wie sichert man den Bürgern Zugang zu digitalen Produkten?

- Wie kann man den Sozialstaat, einst entwickelt für die Ära der Industrialisierung, umbauen, damit er in der Ära der Digitalisierung fundamentale ökonomische Unwägbarkeiten auch künftig noch absichern kann?
- Inwieweit kann man von Menschen erwarten, dass sie die Risiken plötzlicher technologischer Umschwünge individuell tragen?

Im Vorhof des deutschen Wahlkampfs werden solche Fragen allenfalls am Rande debattiert. Stattdessen werden die seit Jahrzehnten erprobten Dauerbrenner hervorgeholt: Die Union setzt auf Steuersenkungen, die SPD verspricht mehr Sozialleistungen. Beides wird den bevorstehenden Herausforderungen nicht gerecht. Und die Bürger spüren es. Die großen, wirklich wichtigen Fragen werden gar nicht gestellt. Ein inhaltliches Vakuum entsteht. Den Schaden haben vor allem die Sozialdemokraten, jene Partei, von der die Bürger am ehesten Antworten auf Gerechtigkeitsfragen erwarten. Wenn sie die nicht bekommen, wenden sie sich enttäuscht ab.

Oder sie laufen irgendwann populistischen Protektionisten zu.